

Bündnis 90 / Die Grünen
Stadtfraktion Eberswalde

Eberswalde, den 22.02.2022

BV / 0564 / 2021 "Fortschreibung des Integrationskonzeptes"

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte zu dem Entwurf des Integrationskonzeptes folgende Stellungnahme abgeben:

Das Konzept beinhaltet eine sehr umfassende Darstellung der Handlungsbedarfe, sowie der dazugehörigen Lösungsansätze und Maßnahmen, was wir sehr begrüßen. Zahlreiche Anregungen treffen genau die Bedarfe der Migrationssozialarbeit.

Unsere Kritik bezieht sich auf die Erstellung der Prioritenliste (Seite 31).

Hier finden sich überwiegend „weiche“ Veränderungen innerhalb der Verwaltung. Dies ist wichtig und richtig, bedarf jedoch eines langen Atems und ist nicht immer beeinflussbar. Beispielsweise wenn die Schaffung neuer Stellen und Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung durch Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen wird. Strukturelle Anpassungen finden sich in der Prioritätenliste unter Punkt 1,2,3,6 und 7.

In **Punkt 4** wird die Erweiterung des Familienwegweisers benannt. Das scheint uns eine sehr zukunftsorientierte Maßnahme zu sein, da Migration als Dauerthema in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Gleichzeitig wird ein Signal der Zugehörigkeit vermittelt, wenn es keinen zusätzlichen Migrationswegweiser gibt. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Landkreis – Integrationsbeauftragte und dem Integrationsnetzwerk Barnim scheinen sinnvoll, da hier bereits viele Informationen zusammengetragen sind. Die Akteure müssen nicht dazu aufgerufen werden, ihre Informationen ein weiteres Mal zusammenzutragen.

Bereits in dem 2006 entstandenen Integrationskonzept wurde die Mehrsprachigkeit auch der Website der Stadt gefordert. Wie in dem hier diskutierten Konzept beschrieben, diskutieren wir Integration auch im Kontext Arbeitsmarktintegration beispielsweise aus EU-Ländern. Der Zugang zu Informationen über eine weitere als die deutsche Sprache setzt ein starkes Signal nach außen: das des Willkommen-Seins und Offen-Seins für Menschen aus anderen Ländern, in einem grenznahen Raum und mit einer Hochschule, die bei Studierenden und Mitarbeiter:innen zunehmend international besetzt ist.

Von den im Konzept insgesamt 47 vorgeschlagenen Lösungsansätzen und Maßnahmen finden sich in der Liste nur unter Punkt 5 allgemein die

Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, Einbeziehung in die Gremienarbeit, Absprachen bei Entwicklungen von Konzepten und Programmen, gemeinsame Projekte und Austausch über Integrationsarbeit vor Ort.

Damit bleibt dieser Punkt sehr schwammig. Eine konkrete Auswertung kann, wie unter Punkt 8 (Evaluation der Prioritätenliste alle drei Jahre durch die

Arbeitsgruppe) nicht erfolgen. Es scheint, dass die Stadtverwaltung sich damit nicht an spezifische Maßnahmen binden möchte.

empirica hat zusätzlich zu den Maßnahmevorschlägen gute Praxisbeispiele aus anderen Städten aufgeführt. Hier zu nennen sei beispielsweise die „Datenbank Migration, Osnabrück“, und „PatchWorkCity Saarbrücken“, beide Seite 13.

Mit solchen oder ähnlichen Maßnahmen könnte die Stadtverwaltung das Dauerbrennerthema ‚Fehlende Kita-Plätze‘ und ‚Steigender Rassismus und Diskriminierung in der Stadtgesellschaft‘ angehen.

Abschließend bleibt die Frage offen, was tut die Stadtverwaltung, um die Migrationssozialarbeit zu erleichtern, Bürger:innen mit Migrationshintergrund das Leben in der Stadt zu erleichtern, sie direkt in Entscheidungsprozesse einzubinden und der Stadtgesellschaft das Aufnehmen von Bürger:innen mit Migrationshintergrund zu erleichtern.

Da die Prioritätenliste stark auf Veränderungen in der Stadtverwaltung ausgerichtet ist, empfehlen wir eine Evaluation jedes Jahr, mit dem Fokus auf die im vorigen Abschnitt benannten Themen.

Wir schlagen deshalb die Ergänzung des Beschlussvorschlages (eine jährliche Information des Fachausschusses sowie die damit verbundene Konkretisierung und Neuaufnahme von Maßnahmen) vor.



Karen Oehler
Fraktionsvorsitzende